

DIE KIRCHENPOLITIK DES KÖNIGS PETER UND DEREN FOLGEN

von
JÓZSEF GERICS

In einer meiner Studien versuchte ich das Verhältnis des ungarischen Episkopats zu den Königen Peter (1038–1041, 1044–1046) und Samuel Aba (1041–1044) zu beleuchten¹. Ich forschte nach einer Erklärung für jene Tatsachen, die in unserer Zeit fast völlig in Vergessenheit geraten sind: Warum waren vor allem die Bischöfe bestrebt König Peter zu stürzen, warum beharrten sie trotz des päpstlichen Anathemas bis zur letzten Minute an der Seite Abas, wie und warum vermochte Aba einer mit der ungarischen Kirche am engsten zusammenarbeitenden Könige zu werden?

Die Hauptursache des Zerwürfnisses der Prälaten mit Peter und des Entgegentretens ihm gegenüber fand ich in jener Erkenntnis der Bischöfe, dass die Herrschaftsmethoden Peters und seiner Umgebung das in seiner tiefsten Seele dem Christentum noch immer fremde Ungartum in einen Aufstand nötigen und von der Kirche vollauf abkehren werden, somit bedroht diese Herrschaft das blosse Dasein der ungarischen Kirche. Das gemäss der Chronik bekundete Verhalten Abas und sein gesellschaftliches Programm entsprachen völlig einer Art sanktionierten und kanonisierten kirchlichen Traditionen. Dieses Entsprechen kann man nicht zuletzt mit jenem Einfluss begründen, den die hohe Geistlichkeit auf die Politik Abas ausgeübt hat. Die Bischöfe verhalten in der Person Abas an Stelle Peters einen Mann auf den Thron, dessen Regierung – ihres Erachtens – die durch Peter heraufbeschworene Gefahr eines heidnischen Aufstandes abwehren und die Ungarn statt Entfremdung eher der Sache des Christentums gewinnen kann.

Nun versuche ich die von seiten des Königs Peter der ungarländischen Kirche gegenüber verfolgte Politik zu analysieren und solche Spuren zu finden, welche die Umstände des Zusammenstosses zwischen Peter und dem Episkopat näher beleuchten können. Die entschiedenste Manifestation dieses Zusammenstosses war im Verhalten Peters den Annales Altahenses gemäss die Tatsache, dass der König zwischen 1038 und 1041 zwei Bischöfe ihrer Würde enthoben hat. Die hohe Geistlichkeit empfand daher auch unmittelbar die auf ihr lastende Hand Peters und musste sich nicht allein vor einem seitens des Königs hervorgerufenen heidnischen Aufstand

fürchten. Von den zeitgenössischen führenden Kirchenmännern gedenkt Sankt Gerhard in seiner *Deliberatio* mit bitteren Worten seines entarteten Zwistes mit der weltlichen Macht: „0 quantos sentio diaboli filios, quibus loqui non patior. Hoc tempore omnes maledixerunt apud nos concitati zelo non solum diuinis ritibus et ecclesiae et sacerdotibus, quin etiam ipsi Dei filio Iesu Christo, Domino nostro. Omnibus inaudita saeculis heresis repetere helemosinas pro animabus defunctorum Christianorum more expensas. Non estimates, frater carissime, minorem persecutionem et heresim antiquioribus hanc esse. In fide et ueritate fateor, quod ui compellebantur intolerabilia mendatia in Dei expendere sacerdotes. Diaboli autem iniquitas unum, quod potuit, fecit, nimirum quicquid ex lege Dei nouiter uenientes ad beatissimam illuminationem docuimus, abstulit. Omnes uno pene simul ore carnis negant resurrectionem, qua iniquitate nulla unquam in mundo maior iniquitas arbitrandi. Prohibemur iam loqui et episcopi nominamur, constituti etiam sub tributo, quibus totus committitur diuino imperio mundus“².

Die Formulierung der Klage Gerhards bewegte die Forschung in den letzteren Jahrzehnten wiederholt dazu, in ihr den Ausbruch des vom Auftreten der Ketzer gequälten Kirchenfürsten zu sehen, obwohl auch eine begründete gegensätzliche Meinung zu hören war³. Die Worte Sankt Gerhards zeugen meines Erachtens in erster Linie von dem feindseligen Verhalten *des Königs*, kann doch nicht gegen wen immer die Klage erhoben werden Bischöfe verstummen zu lassen und sie einer Besteuerung zu unterziehen. Derartiges kann nur im Besitz einer entsprechend kräftigen Macht vollzogen werden. Das von Sankt Gerhard beanstandete Verhalten des ungarischen Königs erinnert in vielem daran, was Th. Schieffer über die in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts verfolgte Kirchenpolitik der deutschen Herrscher und über deren Echo festgestellt hat. Aus diesem Grunde versuche ich die Frage unter Anwendung der Fachliteratur zu untersuchen, die sich auf die Kirchenpolitik der Kaiser Heinrich II. und Konrad II. bezieht.

Die das kirchliche Vermögen betreffende Auffassung sowohl Heinrichs des Heiligen wie auch Konrads II. und die als dessen Grundlage dienende Praxis charakterisiert gut eine Fulda bezügliche Urkunde Heinrichs. Demnach „braucht die Kirche viel Vermögen , , , weil von dem mehr gefordert wird, dem mehr anvertraut wurde. (Die Abtei von Fulda) muss nämlich für die römische und die königliche Kurie viel Dienstleistungen tun, weil wie es geschrieben steht: 'Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist'“⁴

Die Arenga der Urkunde Heinrichs des Heiligen ist lediglich eine, sich im Verfügungsrecht des Königs über kirchliches Gut manifestierende Seite des aus der Fachliteratur wohlbekannten Reichskirchensystems, dessen Schaffung früher den Ottonen zugeschrieben und nach ihnen auch „ottonisches System“ genannt wurde. Dies hat aber in seiner vollendeten Form Heinrich der Heilige ausgebaut, und diesem werden nach Jahrzehnten die Verkünder der Parole „*libertas ecclesiae*“ und die gregorianischen Reformer gegenübergestellt werden. Das Verfügungsrecht des Königs

über die Kirchen seines Reiches und über das kirchliche Vermögen entsprang seiner beiden Rollen, die miteinander nicht verwechselt werden dürfen: seiner noch zur Frankenzeit anerkannten Kirchenhoheit und der Macht über seine Eigenkirchen. Nach den Begriffen in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts war keine Rede von Missbrauch oder widerkanonisches Vorgehen, nach Schieffer selbst bei dem später in gregorianischer Beziehung empfindlichsten Punkt: der „kanonischen Besetzung“ von Bistümern und Abteien nicht. „Was unter den Ottonen eher Ausnahme gewesen, wird unter Heinrich II. bewusst als Regel angestrebt: dass die personalpolitische Initiative an den König übergeht und die Wahl immer mehr an den Königshof gezogen wird. Schmid hat uns darüber hinaus den Blick dafür geöffnet, dass wir den Begriff der Wahl für diese Frühzeit aus der Umprägung durch die gregorianische Reform herauslösen müssen, auf Heinrich II. angewandt: der König unterdrückte keineswegs das kirchliche Wahlrecht, denn die kanonischen Anforderungen galten dem vorgregorianischen Zeitalter als erfüllt, wenn ein Zustimmungsakts der Gemeinde vorlag und ihr kein fremder Kleriker wider ihren Willen aufgezwungen wurde. Immerhin, so aufschlussreich Schmid's Ergebnisse sind, sie betreffen doch mehr die formale Seite und machen die kirchenpolitische Tatsache nicht hinfällig, dass gerade durch Heinrichs II. Eingriffe die Bischofswahl zu einer blossen Formsache wurde, indem er zwar nicht rechtswidrig den Bistümern seine Kandidaten aufzwang, aber eben die erforderliche Zustimmung, d. h. die „Wahl“, erzwang. Seine ganze Regierung ist von Konflikten (freilich unterschiedlicher Heftigkeit) um Wahl und Einsetzung durchzogen, und diese wiederholten Kämpfe sind im geschichtlichen Zusammenhang nichts anderes als die abschliessende Durchsetzung, die vollendete Krönung seiner Königsherrschaft über die Reichskirche. Diese Zusammenstösse ... wurden von den Beteiligten durchaus als entscheidende Machtprobe zwischen autonomer Wahl und königlichem Ernennungsrecht aufgefasst...“⁵ Heinrich annullierte serienweise solche Bischofswahlen, die ohne seine Initiative erfolgt waren. Kennzeichnenderweise forderte er im Jahr 1012 sogar die Wiederholung der Wahl jenes Waltherds zum Erzbischof von Magdeburg, dessen Person ihm übrigen auch ihm erwünscht war, die erste Wahl hingegen ohne sein Befragen erfolgt ist. Solche Zusammenstösse dienten gleichsam als Hintergrund der bekannten Personenpolitik Heinrichs, dass er nämlich die Bischofssitze regelmässig den Mitgliedern seiner Hofkapelle zukommen liess. Die Reichsklöster behandelte er *wie seine Eigenkirche*, und bei völliger Übergehung des Wahlrechtes der Konvente enthob und ernannte er Äbte nach eigenem Ermessen, über die Klostergüter aber verfügte er frei wie über Reichsgüter. Er schenkte häufig ganze Abteien Bistümern und verfügte über die Güter so grosser Reichsklöster nach eigenem Ermessen wie Fulda, Hersfeld und Reichenau. Die weitestgehende derartige Entscheidung betraf die Sankt-Maximus-Abtei zu Trier, deren Güter im Ausmass von 6656 Hufen er 1023 dem bayrischen Herzog, Pfalzgraf Ezzo und dem Graf Otto zum Lehen gab.⁶ Wir müssen der Beurteilung Schieffers völlig recht geben: „... die Eingriffe hatten also, von der Kirche her gesehen, geradezu den Charakter

von Entfremdungen, von Säkularisationen, eine Handlungsweise, die bei Heinrich II. natürlich nicht aus einer Missachtung der Kirche zu erklären ist, sondern aus dem eigenkirchlichen Denken, welches Reichskirchengut und Reichsgut gleichgestellt, beides als königliche Grundherrschaft auf-fasst.⁷

All diese waren ausserordentliche Massnahmen. Darüber hinaus schuldeten die Reichsklöster dem Herrscher die bereits traditionell gewordene, stabilisierte Dienstleistung, das *servitium regale*. Heinrich ergriff in dieser Beziehung eine wichtige Initiative, indem er ausser der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Abteien auch die der Bistümer für Reichszwecke in Anspruch nahm. Die Bistümer mussten den König und sein Gefolge bewirten und beherbergen. Eine Prüfung der Aufenthaltsorte der Könige zeigt, dass sich Otto III. noch hauptsächlich in den königlichen Hofstätten aufgehalten hat, seine Versorgung demnach in erster Linie die weltlichen Güter des Reiches belasteten. Heinrich II. hingegen belastete — wie dies klar ersichtlich ist — die Bischofsstädte, er übertrug den Schwerpunkt auf diese.

Laut obigem kann die Regierung Heinrichs als eine kirchenpolitische Bruchlinie betrachtet werden. Trotzdem bedeutete sein Vorgehen kein wirtschaftliches Zugrunderichten und keine Schädigung der Kirche, da der König die Klöster und Bistümer so freigiebig mit Dotationen und Begünstigungen bedachte, dass diese das Ausmass der Inanspruchnahme ihrer Kräfte weit übertrafen.⁸

Das besprochene Vorgehen Heinrichs beklagten seine Zeitgenossen höchstens als eine die Kirche schwer belastende Herrschaft, aber nicht als Übergriff. Auch behaupteten sie nicht, dass er durch die Ernennung von Äbten und Bischöfen oder durch die Einbeziehung der Kirchen in die Lastentragung ein Recht ausgeübt hätte, das ihm nicht zustand. Das Kirchenrecht seiner Zeit hat derartige Ansprüche und Rechte des Königs ausdrücklich anerkannt. Die Kanonessammlung der Epoche, das Werk des Wormser Bischofs Burchardus, enthielt hingegen ausser den dies-bezüglichen neueren Kanons auch mit diesen unvereinbare uralte Kanons über die bischöfliche Machtvollkommenheit, die Selbständigkeit der Kirche usw. Der Zündstoff war also gegeben, einstweilen unbenutzt, war doch die Zeit der Feststellung von inneren Widersprüchen noch nicht gekommen. Heinrichs Vorgehen wird man erst nach Jahrzehnten in dieser oder jener betroffenen kirchlichen Institution tadeln, wie zum Beispiel in den 1050er Jahren die Mainzer Vita Bardonis, die ihm zur Last legte, dass der König den Fuldaer Abt Branthog „sine divino humanoque iudicio“ seiner Würde entkleidet habe.⁹

Heinrichs Politik befolgte in jeder Beziehung sein Nachfolger, Konrad II. Er hat den Klerus seine Macht um nichts stärker spüren lassen und übte seine Kirchenhoheit nicht breiter aus als sein Vorgänger. Dennoch wurde von ihm beziehungsweise seiner Herrschaft ungefähr seit Mitte der 1040er Jahre ein ganz anderes Bild überliefert wie von Heinrich.

Ein interessanter Fall dessen ist der Zwist zwischen Konrad II. und dem Erzbischof von Mailand. Im Jahr 1037 entkleidete er nämlich den

sich gegen ihn erhebenden Mailänder Erzbischof, Heribert und drei norditalienische Bischöfe ihrer Würden. Der Kaiser liess sie im folgenden Jahr durch Papst Benedikt IX. auch exkommunizieren. Nach Konrads Tod setzte jedoch sein Sohn Heinrich III. den Erzbischof und die entthronten Bischöfe in ihre Würden wieder ein. Der Biograph Konrads Kaplan Wipo, distanzierte in dieser Sache das Verhalten Heinrichs III. nachdrücklich von dem seines Vaters: „... displicuit multis sacerdotes Christi sine iudicio damnari. Referebant nobis quidam piissimum nostrum Henricum regem filium imperatoris salva reverentia patris clam detestari praesumptionem caesaris in archiepiscopum Mediolanensem atque in istos tres; et merito, quia, sicut post iudiciale sententiam depositionis nullus honor exhibendus est, sic ante iudicium magna reverentia sacerdotibus debetur.“¹⁰

Die Kirchenpolitik Heinrichs III. bedeutete keinen Bruch oder neuen Schlag gegenüber jener Heinrichs II. oder Konrads II., eine Änderung brachte sie aber mit sich. Die Reform der Klöster alten Charakters begann sich nämlich zu einer umfassenden Reform der Kirche auszuweiten. Diese Eigenart offenbarte sich auch in der geänderten Beurteilung der Mailänder Vorfälle des Jahres 1037/38, die strengere kanonische Auffassung kam — aus Gründen, die hier nicht eingehend besprochen werden können — unter Mitwirkung und Lenkung des Königs stufenweise zur Geltung. Diese Entwicklung kann bis zu Humbertus de Silva Candida, ja sogar bis Hildebrand verfolgt werden. Diese Änderung zog nach Beurteilung der Zeitgenossen eine Grenzlinie zwischen Konrad II. und seinem Sohn — mit Recht, zwischen Konrad II. und Heinrich dem Heiligen aber um so unbegründeter, unterschied sich doch die Kirchenpolitik der letzteren Beiden im wesentlichen nicht voneinander. Nach der treffenden Auslegung Schieffers fiel die Gestalt Konrads II. viel unmittelbarer in das Blickfeld der sich nach den strengeren kanonischen Grundsätzen richtenden, jüngeren Reformergeneration, als die Heinrichs des Heiligen. Deshalb stach dieser Generation die Differenz zwischen Heinrich III. und seinem Vater so scharf in die Augen, auf die Herrschaft Heinrichs II. fiel — daran gemessen — schon kein so scharfes Licht.¹¹

Wenn wir die zitierte Klage des Heiligen Gerhard mit der geschilderten Kirchenpolitik Heinrichs des Heiligen und Konrads II. vergleichen, dann weist zumindest jener Teil seines Textes, der sich auf sein unfreiwilliges Verstummen, die Besteuerung des kirchlichen Vermögens und die Zurückforderung der als Seelenablässe dienenden Spenden bezieht, eine klare Parallele zu dem sich im Reich gerade unter Heinrich II. und Konrad II. entfalteten System auf. An eine ähnliche Einbeziehung des kirchlichen Vermögens in die Lastentragung des Landes vermochte Stephan der Heilige offensichtlich nicht denken, einfach deshalb, weil sich zur Blütezeit seiner Herrschaft dieses kirchliche Vermögen in Ungarn noch nicht einmal entsprechend ausgestaltet hat. Mit seiner Politik machte aber Peter anscheinend auch in dieser Beziehung Schluss, genauso wie er Stephans Witwe um ihr Vermögen gebracht hat, dürfte er auch in Ungarn versucht haben, was im Reich mit den Namen Heinrichs II. und Konrads II. verknüpft ist, und was Konrad dem II. in der *Chronica Venetorum* die Bezeichnung eines

„Plünderers und Zerstörers der Kirche“ von Venedig eingebracht hat.¹² Wenn diese Parallele richtig ist, dann können wir eine Ursache des Zerwürfnisses zwischen Peter und dem Episkopat darin bestimmen, dass Peter nach dem Muster des Reiches versucht hatte eine in Ungarn bis dahin unbekannte Form der königlichen Oberhoheit einzuführen.

Im folgenden wollen wir kurz erörtern, wie die Erwähnung von Ketzern im dargestellten Abschnitt der *Deliberatio* auszulegen ist, hat doch – meiner Erklärung entsprechend – Bischof Gerhard die Tätigkeit eines christlichen Königs mit ketzerischen Thesen verbunden.

Wenn wir unter Zurückforderung der als Seelenablöse dienenden Spenden – in erster Linie offenbar Güterdonationen – die Beschlagnahme von kirchlichen Gütern zugunsten des Königs oder eine Belastung mit verschiedenen Dienstleistungen für den König verstehen, dann ist die Erklärung dieser „Zurückforderung“ für Ketzerei schon keineswegs ein unbedingter Beweis dessen, dass sich hinter der verpönten Praxis tatsächlich eine ketzerische Lehre verborgen hat.

Als Erläuterung können einige Beispiele aus dem 11. Jahrhundert dafür angeführt werden, was alles zu jener Zeit in den Begriff Ketzerei, ja sogar Götzendienst einbezogen wurde.

So, um allein beim Wortgebrauch der *Annales Altahenses* zu bleiben: Im Jahre 1060 erweckte der Bischof von Parma in der Römischen Kirche damit eine „grosse Ketzerei (*heresim magnam*)“, dass er mit Gewalt und Bestechung als Gegenpapst aufgetreten ist. 1068 geriet der Erzbischof von Florenz durch „simonische Ketzerei (*per heresim simoniacam*)“ in seinen Stuhl. Im Jahr 1071 usurpierte ein Mailänder Kleriker ebenfalls durch „simonische Ketzerei“ den erzbischöflichen Stuhl, und als man dem ein Ende bereitete, wurde zugleich die Ketzerei widerrufen (*confutata sit ipsa heresis*)“.

Den *Annales Ratisbonenses Maiores* nach waren die gegen Heinrich IV. im Jahr 1085 auftretenden Kirchenfürsten „im Irrglauben lebende Bischöfe (*erronei episcopi*)“.

Papst Gregor VII. bezeichnete den ihm gegenüber erwiesenen Ungehorsam der *Bischöfe* nicht nur als Ketzerei, sondern geradewegs als „Götzendienst (*idolatriae scelus*)“.¹³

Wahrscheinlich handelte auch Bischof Gerhard so, als er die Inanspruchnahme von kirchlichem Gut mit sakraler Bestimmung für weltliche Zwecke, indem er den abschreckenden, *fiktiven* Hintergrund des für ihn schweren Missbrauches den Lesern vor Augen hielt, ihnen gleichsam erklärte und darstellte, aus welchen theoretischen Wurzeln sich die verpönte Praxis ernähren kann. Da ein sehr bedeutender Teil des kirchlichen Vermögens tatsächlich immer und überall aus Seelenerlösspenden herrührte, ist es fast selbstverständlich, dass jede Schmälierung oder Belastung derartiger Spenden sofort als Angriff gegen die Glaubenslehre, die als Grundlage der Verleihung dieser Spende, gegen das Heil der Seele und die Auferstehung des Fleisches aufgefasst, daher als Verletzung der Glaubenswahrheit als Ketzerei betrachtet wurde.

ANMERKUNGEN

- ¹ *Gerics, J.*: Az 1040-es évek magyar történetére vonatkozó egyes források kritikája (Kritik einzelner Quellen hinsichtlich der ungarischen Geschichte in den 1040er Jahren). Magyar Könyvszemle 98/1982, S. 186 – 197 und 299 – 312.
- ² *Gerardi Moresenae Aecclesiae sev Csanadiensis Episcopi Deliberatio Svpra Hymnvm Trivm Pverorvm*. Ed. *Gabriel Silagi*, Tvrnholti, 1978. S. 51.
- ³ Siehe zusammenfassend die Anmerkungen von *Tibor Klaniczay*: Irodalomtörténeti Közlemények 84/1980, S. 545. Vgl. aber *Rédl, K.*: Problémák Gellért püspök Deliberatiojában (Probleme in der Deliberatio von Bischof Gerhard). ItK 69/1965, S. 211 – 217.
- ⁴ „Oportet, ut in ecclesiis multae sint facultates . . . Quia cui plus committitur, plus ab eo exigitur. Multa enim debet (Fulda) dare servicia et romanae et regali curiae, propter quod scriptum est: Reddite, quae sunt caesaris caesari et quae sunt Dei Deo.“ *Hauck, A.*: Kirchengeschichte Deutschlands, Leipzig, 1896. III. S. 408, Anmerkung 3.
- ⁵ *Schieffer, Th.*: Heinrich II. und Konrad II. Die Umprägung des Geschichtsbildes durch die Kirchenreform des 11. Jahrhunderts. Deutsches Archiv 8/1951. S. 395.
- ⁶ *Hauck* gen. Werk, S. 456.
- ⁷ *Schieffer* gen. Werk, S. 397 – 398.
- ⁸ *Schieffer* gen. Werk, S. 398 – 399.
- ⁹ *Schieffer* gen. Werk, S. 417 – 418.
- ¹⁰ *Trillmich, W.* – *Buchner, R.*: Fontes saeculorum noni et undecimi historiam ecclesiae Hammaburgensis et imperii illustrantes. Berlin, 1961. S. 600 – 602.
- ¹¹ *Schieffer* gen. Werk, S. 422.
- ¹² „Depredator et devastator ecclesiarum“, *Schieffer* gen. Werk, S. 420.
- ¹³ Die zitierten Quellen: Annales Altahenses Maiores. Scriptores rerum Germanicarum. In usum scholarum. Recognavit. E. I. b. ab, *Oefele*. Hannoverae, 1891. S. 56, 74, 82 und 88. sowie Gregorii VII. Registrum. Monumenta Germaniae Historiae. Epistolae selectae. Ed. *Erich Caspar*. Berlin, 1923. S. 536, 601 und 626.